



Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend, Inklusion, Integration, Gleichstellung und Wohnen

Sitzungstermin:	Montag, 09.03.2020
Sitzungsbeginn:	18:02 Uhr
Sitzungsende:	20:13 Uhr
Raum, Ort:	Bürgerschaftssaal des Rathauses, Markt, 17489 Greifswald

Anwesend

Vorsitzende/r

Dr. Mignon Schwenke

Mitglied

Hulda Kalhorn

Ibrahim Al Najjar

Rita Duschek

Katharina Horn

Thomas Kerl

Jörg-Uwe Krüger

René Lenz

Sandy Preusche

Waldemar Rother

Ivo Sieder

Vertretung für: Myrthe Stahlkopf

Prof. Dr. Madeleine Tolani

Kira Wisnewski

Anica Jeske

Vertretung für: Katja Wolter

Karola Lüptow

Vertretung für: Marén Zill

Protokollant/in i.R.d. Kurzprotokollierung

Anna Gatzke

Vertretung für: Beate Beyerle

Abwesend

Mitglied

Myrthe Stahlkopf

entschuldigt

Katja Wolter

entschuldigt

Marén Zill

entschuldigt

Protokollant/in

Beate Beyerle

entschuldigt

Gäste:

Maria Löpke, Frithjof Mesing (Kinder- und Jugendbeirat Greifswald)
Tino Höfert (Stadtjugendring Greifswald e. V.)
Kassandra Engel (Kinderbeauftragte Greifswald)

Verwaltung:

Frau Gömer (Familien-/Senioren- und Präventionsbeauftragte)
Frau Gatzke (Integrationsbeauftragte)
Frau Felkl (Amt für Bildung, Kultur und Sport)
Herr Lerm (Eigenbetrieb Hansekinder)
Herr Wilde (Stadtbauamt, Abt. Stadtentwicklung)
Herr Dr. Heinz (Stadtbauamt, Abt. Stadtentwicklung)

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
- 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 13.01.2020
- 4 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/innen
- 5 Zukunft der Steinbeckervorstadt
- 6 Tätigkeitsbericht des Beauftragtenbüros
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
- 8 Mitteilungen des/r Vorsitzenden
- 9 Beschlusskontrolle
- 10 Beratung der Beschlussvorlagen
 - 10.1 Jahresabschluss 2015 Hanse-Kinder BV-V/07/0146
 - 10.2 Ausreichende Ausstattung von Schulsozialarbeit für die Greifswalder Schulen BV-P/07/0111
Erik von Malottki, Ausschuss für Bildung, Kultur, Universität, internationale Beziehungen und Wissenschaft (angestrebt)
 - 10.3 Aufnahme des Ortsteils Schönwalde I in das Programm "Soziale Stadt" BV-P/07/0130
Ibrahim Al Najjar, OTV Schönwalde/ Südstadt

- 10.4 Mehr Streetworker für den Stadtteil
Ibrahim Al Najjar, OTV Schönwalde I/ Südstadt BV-P/07/0131
- 10.5 Unterstützung kollektiver, solidarischer und
generationsübergreifender Wohnformen
*Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT UND
TIERSCHUTZ* BV-P/07/0132
- 10.6 "Menschen in Not helfen" Flüchtlinge aus Lagern
holen
Ibrahim Al Najjar, SPD-Fraktion BV-P/07/0133
- 11 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder
des Fachausschusses
- 12 Ende der Sitzung

Protokoll

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Frau Dr. Schwenke eröffnet die Sitzung und stellt mit 15 anwesenden Mitgliedern die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Es wurden 4 weitere Tischvorlagen eingebracht. Frau Dr. Schwenke schlägt vor, diese nach dem Punkt 10.2 einzuordnen. Dies wird per Abstimmung bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Mit Änderung

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
10	1	4

3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 13.01.2020

Der Inhalt wird die folgt geändert:

„Frau Dr. Tolani bemängelt, dass ebenso für die finanzkräftige Klientel keine ausreichenden Grundstücke zur Verfügung stehen“ → „Frau Dr. Tolani bemängelt, dass ebenso für die Leistungsträger keine ausreichenden Grundstücke zur Verfügung stehen“.

Abstimmungsergebnis:

Mit Änderung

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
14	0	1

4 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/innen

Keine

5 Zukunft der Steinbeckervorstadt

Die Abstimmung über das Rederecht von Vertretern der Bürgerinitiative Steinbeckervorstadt erfolgt einstimmig.

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
15	0	0

Eine Vertreterin, Frau Graaf, verdeutlicht, dass der Masterplan die Grundlage des Bebauungsplanes darstellt. Den Vertretern der Initiative fehlt jedoch die Expertise, woraus sich die Dringlichkeit eines „Runden Tisches“ ergibt, um Vertreter aus den verschiedensten Bereichen (Gremien der Bürgerschaft, Bürger, OTVs, Initiativen wie z. B. NaBu) zu beteiligen.

Frau Dr. Schwenke fasst zusammen, dass die Bürger die Sorge des fehlenden Gestaltungsspielraumes umtreibt, sobald der Masterplan beschlossen ist.

Herr Erik Wilde erläutert, dass die Mitwirkung der Öffentlichkeit im gesamten Prozess erhalten bleibt.

Frau Horn befürwortet einen „Runden Tisch“ aufgrund des großen Gesprächsbedarfs seitens der Bevölkerung. Frau Dr. Schwenke äußert Zweifel und bittet um nähere Erläuterungen hinsichtlich der Intention. Frau Horn betont, dass dieses Format einen Austausch auf Augenhöhe ermöglicht. Laut Frau Graaf sollte dieses Gremium zwischen der Veranstaltung am 23.03. und der Erstellung des Bebauungsplanes tagen.

Die Abstimmung spricht sich mehrheitlich dafür aus und Frau Dr. Schwenke sagt die Organisation für den Zeitraum nach dem 23.03. zu.

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
13	0	2

6 Tätigkeitsbericht des Beauftragtenbüros

Frau Gömer hebt hervor, dass die Beauftragten für die Bearbeitung und als Ansprechpartner der verschiedenen Themen allen betroffenen Akteuren (Verwaltung, Bürgerschaft, Bürgern, Vereinen und Initiativen) zur Verfügung stehen. Zu Informationen über Ergebnisse der Arbeiten verweist sie auf die entsprechenden Internetseiten (z. B. Familienfreundlichkeitsprüfung).

Frau Duschek bittet um Information zum Spielplatz Puschkinring. Frau Engel erläutert, dass eine Neugestaltung unter Einbezug von Kindern umgesetzt werden soll.

Auf Nachfrage von Frau Preusche erläutert Frau Gömer die Arbeit der AG „Suizid“, die jährlich eine Veranstaltung am 09.09. zum Thema anbietet und bei der Mitwirkung gewünscht ist.

Des Weiteren existiert ein Präventionsrat und -verein. Mit letzterem arbeitet die Verwaltung eng zusammen.

Die Einrichtung eines Beauftragtenbüros hat große Synergieeffekte ermöglicht, da auch durch die räumliche Nähe ein fachlicher Austausch gewährleistet ist.

Frau Engel betont die Freude an ihrer Arbeit im Kinder- und Jugendbereich. Sie weist jedoch darauf hin, dass der Arbeitsumfang grenzwertig zu einer

ehrenamtlichen Tätigkeit ist. Frau Dr. Schwenke sagt die kritische Prüfung des Aufgabenkataloges seitens der Bürgerschaft zu.

7 Mitteilungen der Verwaltung

Frau Gatzke gibt folgende Termine bekannt:

16. bis 29.03.: „Internationale Wochen gegen Rassismus“

18.03.: Informationsveranstaltung „Neustart im Team“

25.03.: 2. Arbeitstreffen „Bündnis Städte Sicherer Häfen“

Rückfrage von Thomas Kerl zum Bericht der Integrationsbeauftragten, er möchte wissen, wie viel Rassismus es in den letzten 12 Monaten in Greifswald gab. Frau Gatzke antwortet, dass ihr persönlich Fälle von Rassismus und Alltagsrassismus bekannt sind, diese jedoch nicht systematisch erfasst werden können. Frau Gatzke lädt Herrn Kerl dazu ein, mit Betroffenen zu sprechen. Herr Al Najjar und Frau Wisnewski vertreten die Ansicht, dass es immer noch ein großes Problem mit Alltagsrassismus und Rassismus im Allgemeinen gibt und dass es gerade nach dem rechten Terror Anschlag in Hanau gefährlich sei zu leugnen, dass es welchen gibt. Daraufhin bezweifelt Herr Kerl, dass es sich bei dem Anschlag in Hanau um einen rechtsextremen Täter handelte, dies sei eine geistig verwirrte Person gewesen. Er möchte eine Stellungnahme von Frau Dr. Schwenke zu den Äußerungen auf dem Strategietreffen der Linken in Kassel, auf der zur „Erschießung von Reichen“ aufgerufen worden sei. Diese antwortet darauf, dass sie seine Äußerungen zum Thema Rassismus verwerflich findet und sie sich nicht zu den auf der Konferenz gesagten Dingen äußern müsste, es jedoch trotzdem tun werde, um klarzustellen, dass diese Äußerung nicht ernst gemeint war, nicht zu tolerieren sei und sich die Partei schon davon distanziert habe. Sie meint jedoch, dass selbst Herr Seehofer den Terror von Rechts als größtes Problem darstellt, nicht gleichzusetzen mit Linksradikalismus – Linksradikalismus in Anführungszeichen. Laut Meinung von Herrn Krüger stellt dies eine Verharmlosung des Linksextremismus dar. Herr Kerl wirft ihr daraufhin vor mit ihren Äußerungen einen Bürgerkrieg zu provozieren.

Frau Dr. Schwenke möchte die Diskussion beenden, jedoch wirft Frau Wisnewski noch die Frage auf, wie sich die CDU zu dem Thema positioniert. Daraufhin antwortet Frau Prof. Dr. Tolani, dass sie Linksextremismus auch sehr schlimm findet und verweist beispielhaft auf den Anschlag auf die Wohnungstür des Bürgerschaftsmitglieds Grit Wuschek vor einigen Tagen

Herr Dr. Heinz stellt die Initiative seitens der Landesregierung zum Thema „Zukunft des Wohnens in Greifswald“ in Schönwald I und II vor. Vier Modellregionen in MV werden insgesamt 8 Mio. € hauptsächlich für den Bereich Wohnen zur Verfügung gestellt.

Ziel: soziale Entmischung in den Bereichen Bau, Schule, Jugend und Soziales

Themen: Neue Lösungsansätze für alte Probleme finden. Unter anderem soll ein gut erreichbares Stadtteilzentrum mit sozialen und gesellschaftlich relevanten Angeboten geschaffen werden. Ergänzt würden diese Vorhaben mit einer Umgestaltung von öffentlichen Plätzen (Parkplätze Penny und Rewe Märkte) als mögliche Treffpunkte für die Bürger, die Schaffung eines „Schulraummanagements“, das die Nutzung der Gebäude für andere (z. B. Vereine) außerhalb der Schulzeiten realisieren könnte oder Außenstellen von städtischen Einrichtung wie z. B. Bibliothek, Musikschule etc.

Zukünftiges Vorgehen:

Grober Zeitplan bis Sommer: Projektskizze soll qualifiziert sein.
Entwicklung von Beteiligungsformaten von OTVs und Bürgern.

Herr Dr. Heinz sichert den weiteren Informationsfluss zu gegebener Zeit zu (z. B. Projektskizze soll im Internet zur Verfügung gestellt werden), weist jedoch auf die Komplexität aufgrund der Zuständigkeiten Kommune/Landkreis hin.

8 Mitteilungen des/r Vorsitzenden

Keine

9 Beschlusskontrolle

Keine

10 Beratung der Beschlussvorlagen

10.1 Jahresabschluss 2015 Hanse-Kinder

BV-V/07/0146

Herr Lerm erklärt den ausgewiesenen Verlust in 2015 von 1,3 Mio €, der auf außerplanmäßigen Abschreibungen von zwei städtischen Gebäuden (große Abweichung von Buch- und Wertgutachten) basiert. Diese Effekte haben keine finanzielle Auswirkung; tatsächlich wurden 360.000,- € weniger als geplant in 2015 ausgegeben.

Für 2020 ist die Fertigstellung der Abschlüsse 2016/2017 und in 2021 die aus 2018/2019 angestrebt, sodass in 2021 die Parität hergestellt sein könnte. Die Abstimmung über den Bericht erfolgt einstimmig.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
15	0	0

10.2 Ausreichende Ausstattung von Schulsozialarbeit für die Greifswalder Schulen

BV-P/07/0111

Frau Dr. Tolani lehnt eine Zustimmung dieser Beschlussvorlage aufgrund der gesetzlichen und strukturellen Aufgabenteilung von Schul-/Jugend- und Straßensozialarbeit ab, die der Kreisverwaltung obliegt. Die Stadtverwaltung sollte daher keine eigenen Planungen vornehmen. Der ausgewiesene Bedarf an zusätzlichen Stellen ist unbewiesen. Vielmehr sollte der Landkreis mit ausreichend finanziellen Mitteln ausgestattet sein, um die ihm übertragenen Aufgaben befriedigend erfüllen zu können.

Frau Felkl stimmt dieser Aussage zu und möchte dieses Thema zunächst im Dialog mit dem Landkreis bearbeiten.

Herr Al Najjar betont die Dringlichkeit der zusätzlichen Straßensozialarbeit gerade im Stadtteil SWI und sieht daher die Stadtverwaltung ebenso in der Verantwortung.

Herr Höfert hebt die kommunale Fürsorgepflicht hervor und wirbt daher ebenso für ein Engagement der Kommune Greifswald.

Frau Dr. Schwenke sieht zunächst die Dringlichkeit der Bedarfs- und Kostenermittlung, um die Planungen mit dem Land und Landkreis fortzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Neben der Schulsozialarbeit soll auch die Straßensozialarbeit und die Jugendsozialarbeit einbezogen werden.

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
8	5	1

Miteinbringer der Vorlage: Ortsteilvertretung Schönwalde I/Südstadt und Ausschuss für Soziales, Jugend, Inklusion, Integration, Gleichstellung und Wohnen

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
8	0	6

10.3 Aufnahme des Ortsteils Schönwalde I in das Programm "Soziale Stadt"

BV-P/07/0130

Herr Al Najjar erläutert die Notwendigkeit des Vorhabens u. a. aufgrund der Größe und Bevölkerungsstruktur (u. a. hoher Anteil Migranten).

Abstimmungsergebnis ist einstimmig bei Abwesenheit Frau Jeske.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
14	0	0

10.4 Mehr Streetworker für den Stadtteil

BV-P/07/0131

Abstimmungsergebnis:

Wird zurückgezogen, weil dieser Antrag unter TO 10.2 abgestimmt wurde.

10.5 Unterstützung kollektiver, solidarischer und generationsübergreifender Wohnformen

BV-P/07/0132

Frau Dr. Schwenke betont, dass ein Zeitdruck aufgrund eines konkreten Projektes mit generationsübergreifender Wohnform in einer zum Verkauf stehenden Immobilie in der Gützkower Straße zur Disposition steht.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
8	5	2

10.6 "Menschen in Not helfen" Flüchtlinge aus Lagern holen

BV-P/07/0133

Herr Al Najjar weist darauf hin, dass Greifswald zum Städtebündnis „Sicherer Häfen“ angehört. Er wirbt daher für die Zustimmung als Signal der Humanität und Hilfsbereitschaft an den Oberbürgermeister.

Laut Frau Horn und Frau Wisniewski sollte der Antrag dahingehend erweitert werden, dass sich die Bereitschaft auf alle Flüchtlinge bezieht, nicht nur auf diejenigen an der griechischen Grenze.

Herr Krüger betont, dass die Stadt Greifswald keinen Einfluss auf die bundespolitischen Entscheidungsprozesse hat. Hilfe sollte vielmehr vor Ort geleistet werden, um die Situation von 2015 zu vermeiden. Seiner Meinung nach sprengte das damalige Vorgehen den gesellschaftlichen Konsens.

Frau Dr. Schwenke stellt klar, dass es sich bei diesem Antrag um ein Angebot handelt, damit die Griechen nicht wiederholt allein gelassen mit diesem Problem sind.

Frau Gatzke informiert, dass seitens der Verwaltung eine Beschlussvorlage in Arbeit ist, die darüber hinaus die Unterzeichnung der Erklärung von Lesbos beinhaltet. Sie regt die Anwesenden an, ihre Themen bei den Arbeitstreffen des Bündnisses „Städte Sicherer Häfen“ einzubringen.

Herr Höfert erinnert, dass mit der Stadt Samos (Insel Samos) seit 2015 eine Partnerschaft mit Greifswald über die deutsch-griechische Versammlung besteht. Somit wäre die Umsetzung ein wichtiges Signal der Solidarität. Seiner Meinung nach sprengte das damalige Vorgehen den gesellschaftlichen Konsens. Frau Prof. Dr. Tolani verweist darauf, dass bereits der damalige Bundespräsident Horst Köhler vor etlichen Jahren eine Unterstützung Griechenlands und eine Verbesserung der Situation vor Ort gefordert hatte. Herr Sieder erläutert, dass die europäische Haltung nicht durch Einzelmaßnahmen von Greifswald oder Deutschland durchbrochen werden dürfe.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
8	6	1

11 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Fachausschusses

Keine

12 Ende der Sitzung

Frau Dr. Schwenke schließt die Sitzung um 20:13 Uhr.

Vorsitz:

Dr. Mignon Schwenke

Protokollant/in:

Beate Beyerle
*(nicht anwesend,
Protokollführung im
Nachgang der Sitzung)*